Nr. 550. — Erstes Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 23. November 1893.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 22. November.

Dem Reichstage ist nunmehr die Statistik der Reichstagswahlen von 1893 zugegangen. Darnach waren wahlberechtigt 10 628 292 Personen. Gültige Stimmen wurden abgegeben 7 673 973, ungültige 28 292. Es erhielten gültige Stimmen: die Deutschkonservativen 1 038 353; die deutsche Reichspartei 438 435; die Nationalliberalen 996 980; die freisinnige Vereinigung 258 481; die freisinnige Volkspartei 666 439; die süddeutsche Volkspartei 166 757; das Zentrum 1 468 501; die Polen 229 531; die Sozialdemokraten 1 786 738; die deutsche Reformpartei (Antisemiten) 263 861; andere Parteien (Dänen, Welfen, Elsässer, „Reichspartei") 234 927; unbestimmt 110 998; zersplittert 13 572.

** Die Einfuhr deutscher Biere nach Frankreich ist seit Jahren in ständigem Rückgange begriffen. Unter dem Schutze des herrschenden Zollregimes hat das französische Brauereigewerbe den heimischen Absatzmarkt Schritt für Schritt zurückerobert und beginnt jetzt schon seinerseits nach dem Auslande zu exportiren. Am höchsten war die Einfuhr der deutschen, namentlich Münchener Brauereierzeugnisse nach Frankreich im Jahre 1882 mit 353 000 Hektolitern bei einer Gesammtmenge von 415 000 Hektolitern. 1886 war die Gesammteinfuhr bereits auf 300 000, 1891 auf 170 000 Hektoliter gesunken, deutsche Biere wurden 1892 noch im Betrage von 114 630 Hektolitern nach Frankreich eingeführt und wird für dieses Jahr ein weiterer Rückgang bis unter 100 000 Hektoliter angenommen. Andererseits hat Frankreich im verflossenen Jahre 35 000 Hektoliter Bier ausgeführt, und schätzt man die Ausfuhr des laufenden Jahres auf rund 50 000 Hektoliter.

— Der deutsche Seeverkehr im Mittelmeer, bezw. von Mittelmeerhäfen aus, ist in einer höchst beachtenswerthen fortwährenden Zunahme begriffen. Der „Norddeutsche Lloyd" in Bremen hatte bekanntlich bereits im vorigen Jahre eine Schnelldampferlinie Genua—Gibraltar—Newyork eingerichtet. Für den kommenden Winter ist diese Schnelldampferverbindung wesentlich erweitert worden und wird durch die vier Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm II", „Spree", „Werra" und „Fulda" betrieben werden, so zwar, daß einzelne Dampfer die Route Genua—Gibraltar—Newyork, andere die Route Neapel—Genua—Newyork laufen. Außerdem wird ein besonderer Verkehr mittelst der Dampfer „Kronprinz Friedrich Wilhelm" und „Weser" von Neapel nach Newyork unterhalten. Von Interesse ist die Thatsache, daß der „Norddeutsche Lloyd" vor Kurzem zum ersten Mal einen seiner größten Dampfer „München" von einem Mittelmeerhafen — Neapel — nach dem La Plata abgefertigt hat. Die Zunahme des deutschen Seeverkehrs gerade im Mittelmer und von diesem aus ist eine Errungenschaft von hochanzuschlagender Bedeutung für Handels- und Verkehrsinteressen.

— In den Unterhaltungen der Reichstagsabgeordneten werden Berechnungen über die parlamentarischen Aussichten des Zentrumsantrages auf Aufhebung des Jesuitengesetzes angestellt. Dieselben kommen, wie die „Nat.-Lib. Korr." schreibt, etwa zu folgenden Ergebnissen:

Für den Antrag werden bei vollbesetztem Hause sicher stimmen das Zentrum mit 99 Mitgliedern, dazu etwa 14 Fraktionslose (8 klerikale Elsaß-Lothringer), 19 Polen, 44 Sozialdemokraten, was zusammen 176 Stimmen für den Antrag ergiebt. Gegen den Antrag stimmen sicher die Nationalliberalen und die Reichspartei, zusammen 81, etwa 8 Fraktionslose, die freisinnige Vereinigung mit 13 Mitgliedern, insgesammt 102. Mit Sicherheit glaubt man auch, die Deutschkonservativen, vielleicht mit ganz vereinzelten Ausnahmen, zu den Gegnern rechnen zu können. Das würde 170 Stimmen gegen den Antrag ergeben. Die als sicher zu bezeichnenden Gegner und Anhänger des Antrages würden sich also nahezu das Gleichgewicht halten, und die Entscheidung hängt davon ab, welche von den beiden großen Gruppen noch einige zwanzig Stimmen hinzugewinnt. Da sind nun von ausschlaggebender Bedeutung die freisinnige Volkspartei und die süddeutschen Demokraten. Die letzteren (11 Mitglieder), die ohne Ausnahme mit ultramontaner Hülfe in den Reichstag gelangt sind, wird man ohne Weiteres zu den Anhängern des Zentrumsantrages rechnen müssen. Zweifelhafter ist die Haltung der freisinnigen Volkspartei mit 22 Mitgliedern, die in dieser Angelegenheit immer große Zurückhaltung bewiesen hat, auch jetzt die Besprechung des Themas geflissentlich umgeht und bekanntlich eine ganze Anzahl von Mandaten dem Zentrum zu verdanken hat. Stimmt auch nur ein erheblicher Theil dieser Partei für den Zentrumsantrag, so ist der Sieg des letzteren entschieden. Man wird indessen bei der tiefgehenden Erregung im protestantischen Volk, welche die Freisinnigen nicht ungestraft geringschätzen dürfen, bis auf Weiteres auf erhebliche Unterstützung des Antrags aus dieser Partei nicht sicher rechnen können. Zweifelhaft, aber wohl eher zu den Gegnern des Antrags zu rechnen, sind auch die Antisemiten. Wie man sieht, ist auch diese Entscheidung, wie gegenwärtig alle im Reichstag, zweifelhaft und voraussichtlich von wenigen Stimmen abhängig. Uebrigens kann, da der Antrag die Form eines Gesetzentwurfs hat, die Abstimmung nicht gleich bei der ersten Lesung erfolgen, und es wäre wohl möglich, daß das Zentrum sich mit einer allgemeinen Erörterung begnügt. An einer auf alle Fälle äußerst knappen Mehrheit, bei der außer den Klerikalen selbst die Sozialdemokraten die Kerntruppe bilden, kann das Zentrum schließlich unmöglich große Freude haben.

— Zu dem Fall Gradnauer wird der „Voss. Ztg." gemeldet, daß die gleichzeitig mit Gradnauer in Haft genommenen Soldaten und Reservisten sich noch in Haft befinden. Die Untersuchung der Militärbehörde scheine also nur insoweit eingestellt zu sein, als sie den sozialdemokratischen Redakteur Gradnauer selbst betraf.

— Die Staatsanwaltschaft zu Schneidemühl hat, wie die „Danz. Ztg." berichtet, gegen den antisemitischen Agitator v. Mosch zu Steglitz Anklage erhoben auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuchs wegen Aufreizung zum Klassenhaß, begangen in einer Rede, welche er am 21. Oktober in einer Versammlung in Deutsch-Krone hielt. Die Versammlung wurde damals deswegen aufgelöst.

** Wie wir schon mitgetheilt haben, sind in dem endgültig vom Bundesrath angenommenen Entwurf eines Tabaksteuergesetzes die Nachsteuersätze gegen die erste Fassung abgeändert worden und zwar dahin, daß sie für Zigarren und Zigaretten um Weniges höher, für Schnupf- und Rauchtabak wesentlich niedriger normirt sind. Die Berechnung der Sätze ist auf der Grundlage von Durchschnittswerthen der verschiedenen Fabrikate erfolgt. Sie betragen nunmehr für Zigarren 9 Mark pro Tausend, für Zigaretten 3,50 Mark pro Tausend, für Kautabak 88, für Schnupftabak 24 und für Rauchtabak 46 Mark pro 100 Kilogramm. Es ist verschiedentlich die Frage aufgeworfen worden, ob es denn überhaupt nothwendig sei, eine Nachsteuer zu erheben. Diese Nothwendigkeit wird Niemand leugnen, der sich der Vorgänge erinnert, welche das Tabaksteuergesetz vom 16. Juni 1879 im Gefolge hatte. Würde eine Nachsteuer nicht vorgeschrieben werden, so würde genau wie damals die finanzielle Wirkung des Gesetzes durch übermäßige Anspannung der Fabrikation bis zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens und durch außerordentliche Steigerung der Einfuhr fertiger Fabrikate aus dem Auslande auf Jahre hinaus vereitelt werden. Eine volle finanzielle Wirkung des neuen Gesetzes ist aber angesichts der Zwecke, welche man mit den durch die neuen Steuern aufzubringenden Mitteln erreichen will, durchaus geboten. Allerdings wird die Nachsteuer nun nicht jedes vorhandene Tabakquantum zu treffen brauchen. Da es wesentlich darauf abgesehen ist, die für den künftigen Verbrauch bestimmten Handelsvorräthe zu treffen, so wird für die einzelnen Konsumenten ein gewisses in ihren Händen befindliches Quantum steuerfrei gelassen werden können. Dieses Quantum ist auf 5 Kilogramm festgesetzt. Jedenfalls dürfte der Bundesrath zur Vermeidung der Verwiegung bei der Nachversteuerung in den Ausführungsbestimmungen anordnen, nach welchem durchschnittlichen Verhältniß die nach Stückzahl gehandelten Zigarren und Zigaretten auf Gewichtsmengen umzurechnen sind. Auf Antrag kann die Nachsteuer auch nach den gewöhnlichen Steuersätzen gezahlt werden, wie schließlich der Bundesrath für Vorräthe kleinerer Händler u. s. w. Ermäßigungen eintreten lassen kann. Durch alle diese Vorschriften glaubt man einerseits den finanziellen Zweck der Nachsteuer erreichen, andererseits auch die damit verbundenen Nachprüfungen auf das geringst mögliche Maß einschränken zu können.

— Die letzten Berichte vom Major von Wissmann datiren aus der Station Langenburg vom 2. September und zeigen, daß sich Wissmann trotz aller der überstandenen Strapazen körperlich wohl befindet. Das Reich hat bekanntlich seinen Dampfer übernommen, den größten, der bis jetzt auf den afrikanischen Seen schwimmt, und damit ist die nächste Aufgabe, die sich Wissmann gesetzt hatte, wieder erfüllt, ein großes Werk vollendet, an dessen Durchführung Mancher anfänglich gezweifelt hat. Es wird sich nun darum handeln müssen, die gewonnene Stellung politisch und wirthschaftlich zu befestigen. Aus dem Umstand, daß das Antisklavereikomitee die Leichterfahrzeuge auf dem Schire und Sambesi verkauft hat, scheint hervorzugehen, daß man an die Einrichtung einer direkten Verbindung vom Nyassa nach unserer Küste denkt. Die Vorbedingung dazu wäre allerdings die Besiegung der Wahehe. Ferner ist es nothwendig, eine Schranke zwischen dem oberen Nyassa und dem Tanganyika zu errichten, um die räuberischen Einfälle der Wawemba zurückweisen zu können. Wissmann hat bekanntlich die Wawemba gründlich geschlagen, aber er betont selbst, daß nachhaltige Sicherheitsmaßregeln dringend geboten seien, wenn nicht das ganze Gebiet, das zu den werthvollsten Theilen unseres deutsch-ostafrikanischen Besitzes gerechnet werden müsse, allmälig entvölkert werden solle. Man müßte es ähnlich machen, wie die Engländer, die die Sklavenhändlerwege, die über das Schirehochland oder um dieses herum nach der Provinz Mozambique führen, durch Forts geschlossen haben. Es wäre erwünscht, wenn über die fernere Verwendung des Majors v. Wissmann, der bislang alle seine Unternehmungen mit dem größten Erfolge durchgeführt hat, bald etwas Genaueres bekannt würde, da nach dem Etat für 1894 die Besoldung für zwei zur Verfügung des Gouverneurs stehende Kommissare, als künftig wegfallend, eingesetzt ist.

Es ist mehrfach bemerkt worden, daß der Afrikareisende Cornelius Eugen Armin Wolf, der kürzlich von einer längeren Reise nach Uganda zurückgekehrt ist, vom Reichskanzler wiederholt empfangen worden ist. Wenn man sich vergegenwärtigt, in welcher Weise im vorigen Jahre der Reichskanzler Wolf angegriffen hatte, und wie er selbst Wolfs Ausweisung aus Ostafrika angeordnet hatte, so kommt dieser Wechsel etwas überraschend. Es macht dem Reichskanzler alle Ehre, daß er einem unabhängigen Kolonialfreunde gegenüber nicht mehr die schroffe Stellung, wie früher, einnimmt; zugleich liegt aber darin auch gewissermaßen eine, wenigstens theilweise Anerkennung der Stellung, welche Wolf s. Z. gegenüber dem Regimente Sodens einnahm. Wenn auch Wolf in seinen Angriffen damals zu weit gegangen ist, so hat doch der Reichskanzler im vorigen Jahre bereits erklärt, daß Wolf aus Patriotismus gehandelt habe, und diese Ueberzeugung dürfte sich noch mehr befestigt haben. Wolf hat übrigens auf seiner Rückreise vom Viktoriasee nach der Küste einen neuen kürzeren Weg über Irangi genommen, den er die kürzeste, friedliche, wasser- und fruchtreiche Straße, die Kaiserstraße zum Viktoria Nyanza, genannt hat.

— Die sämmtlichen Steuergesetze sind gestern an den Reichstag gelangt, und der Präsident ist in der Lage, dem Reichstage Vorschläge über die geschäftliche Behandlung schon in der nächsten Sitzung am Donnerstag zu machen. Wie es heißt, soll der Finanzminister Miquel einflußreichen Mitgliedern des Reichstags gegenüber seine persönliche Anschauung dahin ausgesprochen haben, daß es sich empfehlen würde, die erste Berathung des Gesetzentwurfs über die Neuregelung der Reichsfinanzen der ersten Berathung über den Reichshaushaltsetat für das nächste Rechnungsjahr vorangehen oder der ersten Berathung über die Handelsverträge folgen zu lassen.

— Die Erhöhung der Gehaltsbezüge für den deutschen Botschafter in Rom, die in dem nächstjährigen Etat vorgeschlagen ist, giebt der „Straßburger Post" zu folgender Betrachtung Anlaß:

„Wir möchten dringend wünschen, daß man sich bei dieser Gelegenheit das ganze Repräsentationswesen einmal genauer ansehen wollte! Unter unsern diplomatischen Vertretern im Auslande, denen besondere Repräsentationsgelder zugebilligt sind, giebt es eine ganz erhebliche Anzahl, welche die betreffenden Gelder zwar willig annehmen, aber entweder gar keine Gegenleistung dafür prästiren oder doch nur in einem so geringen Umfange, daß es wirklich nicht der Mühe werth ist. Jeder Kenner der betreffenden Persönlichkeiten und Verhältnisse weiß das; es wird en petit comité auch genug darüber geredet, gespottet und geschimpft; aber es bleibt alles beim Alten. Da muß auf irgend eine Art Abhülfe geschaffen werden! So wenig man von einem Beamten verlangen kann, daß er von seinem Gehalt (d. h. der Bezahlung für seine Arbeit) repräsentirt, so wenig kann man es ihm erlauben, daß er seine Repräsentationsgelder einfach in die Tasche steckt. Das Gehalt gehört ihm; wie er es verwendet, das ist seine Sache. Die Repräsentationsgelder aber werden ihm nur zu dem Zwecke übergeben, daß er sie ausgebe und daß das deutsche Reich würdig vertreten sei. Wenn er sie nicht zu dem Zwecke verwendet, zu dem er sie verwenden soll, so ist das eigentlich mehr als ungehörig und sollte jedenfalls nicht geduldet werden! Schlußfolgerung: 1. Man trenne bei den betreffenden Positionen ganz genau Gehalt und Repräsentationsgelder; 2. man sehe zu, daß die letzteren wirklich ausgegeben werden, und zwar nicht zum Besten des Empfängers, sondern zur Repräsentation."

** Die „Frankfurter Zeitung" bringt in ihrer Montags-Nummer einen Artikel, in welchem sie sich über die Art der Publikation der Steuergesetzentwürfe beschwert und zugleich behauptet, dieselben wären im Bundesrathe durchgepeitscht worden.

Die Berathung der Steuerentwürfe hat Anfangs September unter Zuziehung von Kommissaren der meist betheiligten Bundesregierungen begonnen und sind die auf Grund der Frankfurter Beschlüsse ausgearbeiteten Entwürfe einer wochenlangen eingehenden Berathung, vielfach unter Zuziehung von Interessenten resp. Sachverständigen unterzogen worden. Demnächst sind die gefaßten Beschlüsse in Form von Grundzügen veröffentlicht und hierauf die Entwürfe den betheiligten Regierungen mitgetheilt und später Gegenstand einer gemeinschaftlichen Berathung der Finanzminister der meistbetheiligten Staaten gewesen. Nachdem die Entwürfe als Präsidialvorlagen im Bundesrath eingebracht waren, haben sie wiederum einer reiflichen Berathung in den Ausschüssen unterlegen und sind auf Wunsch einzelner Regierungen schließlich noch in einigen, wenn auch nicht wesentlichen Punkten abgeändert worden. Inzwischen haben die Entwürfe die Zustimmung des Plenums des Bundesraths gefunden und sind dem Reichstage zugegangen.

Von einem Durchpeitschen der Entwürfe, welche unter fortgesetzter Betheiligung der Bundesregierungen zu Stande gekommen sind, kann somit nicht die Rede sein; im Gegentheil sind dieselben Gegenstand besonders langwieriger und eingehender Behandlung gewesen. Daß die schließlich genehmigten Gesetzentwürfe keinerlei wesentliche Abweichungen von den veröffentlichten Grundzügen enthalten, konnte selbstverständlich von keiner Seite vorausgesehen werden. Auch die „Frkf. Ztg." konnte das nicht erwarten, es sei denn, daß sie die Berechtigung des Bundesraths und seiner Ausschüsse, die ihnen zugehenden Entwürfe auch einer sachlichen Prüfung zu unterziehen, bestreiten und die Beschlußfassungen des Bundesraths für lediglich formale erachten will. Es würde den Interessentenkreisen — welche von vornherein doch über Richtung und Ziel der Gesetzentwürfe orientirt waren — in der That wenig damit gedient sein, wenn die wechselnden Phasen in den Berathungen so umfangreicher Gesetzentwürfe stets öffentlich bekannt gegeben würden, da solche vorzeitige Veröffentlichungen nur zu falschen Annahmen und schließlich zu falschen wirthschaftlichen Maßregeln verleiten könnten. Wenn die „Frkf. Ztg." schließlich alle von den verschiedensten Seiten in die Presse gebrachten Nachrichten über die Steuerreform-Entwürfe für auf offizielle Quellen beruhende erachten möchte, so befindet sie sich in einem thatsächlichen Irrthum. Schon die vielfach unrichtigen, häufig zusammenhanglosen Publikationen müßten doch die „Frkf. Ztg." belehren, daß nicht die Regierungskreise dafür verantwortlich zu machen sind, wenn Irrthümer und Mißverständnisse verbreitet worden sind.

— Das neueste Geschichtswerk von Dr. Hans Blum über „Das deutsche Reich zur Zeit Bismarcks" giebt von neuem einen Beweis dafür, wie rasch sich selbst in der modernen Zeit einer weitgreifenden Oeffentlichkeit eine Legendenbildung vollzieht. Das zeigt sich aufs deutlichste bei der Darstellung, die Hans Blum über die Geschichte des Rücktritts des Fürsten Bismarck giebt. Selbst seine Mittheilungen über die thatsächlichen Hergänge sind zum Theil falsch. So berichtet er zum Beispiel: „Am frühen Morgen des 17. März habe der Kaiser den General v. Hahnke zu Bismarck mit dem Auftrage gesandt, der Kaiser erwarte das Entlassungsgesuch des Fürsten." Nun weiß jeder, der sich um die Geschichte jener Zeit bekümmert hat, daß an jenem Morgen nicht General von Hahnke, sondern der Chef des Zivilkabinets Wirklicher Geheimer Rath Dr. v. Lucanus im Auftrage des Kaisers beim Fürsten war, und sein Auftrag ging nicht darauf hin, die Entlassung des Fürsten zu betreiben, sondern ihn zu einem Entwurf zur Aufhebung der damals neu ausgegrabenen Kabinetsordre Friedrich Wilhelms IV. vom 8. September 1852 zu veranlassen. Ebenso vergißt Dr. Blum die wichtige Sitzung des Staatsministeriums zu erwähnen, die im Reichskanzlerpalais in den Nachmittagsstunden von 3 bis gegen 5 Uhr am 17. März stattfand, in der Fürst Bismarck seinen endgültigen Entschluß mittheilte und begründete, von allen seinen Aemtern zurückzutreten. Erst nach dieser Sitzung erhielt der Kaiser von diesem Schritte des Fürsten Kenntniß und erst dann traf er seinerseits diejenigen Maßregeln, die sich für ihn aus diesem Entschluß des Reichskanzlers ergaben. Daß ferner Dr. Blum die alte Mär auffrischt, der Fürst sei durch seine Kollegen und eine unverantwortliche Rathgeber des Kaisers gestürzt worden, beweist nur, mit welcher Oberflächlichkeit er die Geschichte jener traurigen Tage beobachtet und verfolgt hat. Daß er aber gar noch den Muth hat, als eine bisher unbestrittene Thatsache die Behauptung aufzuführen, daß Minister v. Bötticher, einer der Vertrauten des Kaisers, dem Kaiser gesagt habe: „Wenn Majestät dem großen Friedrich nachstreben, so müssen Sie vor Allem den Fürsten Bismarck beseitigen", das beweist, daß zur Oberflächlichkeit noch eine fast unglaubliche Leichtgläubigkeit tritt. Wir lesen diese Behauptung zum ersten Male, begreifen also nicht, wie Dr. Blum sie als angeblich unbestritten hinstellen kann. Jedenfalls hat eine so widersinnige Redensart je weder Herr v. Bötticher noch irgend ein Anderer dem Kaiser gegenüber gebraucht. Wer solche Dinge für möglich hält, der sollte wenigstens einen andern Beruf als den eines Geschichtsforschers einschlagen. Auch in anderer Hinsicht, namentlich was die elsaß-lothringische Geschichte betrifft, läßt die Darstellung des Herrn Dr. Blum erkennen, daß sie ohne Kenntniß der wirklichen Hergänge lediglich auf Hörensagen fußt. Vielleicht wird auch diese Darstellung gewissen jüngeren Gelehrten die Augen über die Richtigkeit des alten Lehrsatzes öffnen, daß die Geschichte erst nach Ablauf einer Generation geschrieben werden kann. (Köln. Ztg.)

— Die für den Reichstag bestimmte Denkschrift über das ostafrikanische und das südwestafrikanische Schutzgebiet ist nunmehr erschienen. Wir heben Folgendes daraus hervor:

Um den Sklavenhandel auch in den äußersten Grenzgebieten der deutschen Interessensphäre von Deutschostafrika energisch zu bekämpfen, beabsichtigt die Regierung mit der Anlage von befestigten Stationen am Nyassa- und Tanganykasee vorzugehen. Allein durch diese Maßnahme und das gemeinsame Vorgehen der im ostafrikanischen Seengebiet interessirten Mächte wird die allmälige Ausrottung des Menschenhandels in Afrika möglich sein. Wie schon in einer früheren Denkschrift erwähnt ist, werden die befreiten Sklavenkinder den im Schutzgebiet thätigen christlichen Missionen überwiesen, da die kaiserliche Regierung die Ueberzeugung hat, daß die Missionsstationen als die gegebenen Erziehungsstätten der verwaisten Sklavenkinder anzusehen sind. Da die Missionen jedoch bei aller Opferfreudigkeit die Mehrausgaben, die ihren Anstalten in Deutsch-Ostafrika durch Aufnahme dieser schwarzen Pflegebefohlenen erwuchsen, schwer empfanden, so wird den betreffenden Missionsanstalten von Seiten der Regierung für jedes ihnen überwiesene Sklavenkind unter 8 Jahren eine Erziehungsbeihülfe von 25 Mark gewährt. Die Unterbringung und Versorgung der befreiten erwachsenen Sklaven ist ungleich schwieriger, da die Missionsgesellschaften nicht geneigt sind, diese für eine christliche Erziehung wenig geeigneten Elemente aufzunehmen, der Regierung aber bei der ungünstigen Finanzlage des Schutzgebiets Mittel zur Versorgung dieser Leute nicht zur Verfügung stehen. Der Kolonialrath, dessen Gutachten die kaiserliche Regierung in dieser Frage eingeholt hat, empfiehlt, die befreiten erwachsenen Sklaven, soweit denselben eine ihre Freiheit und ihren Unterhalt sichernde Arbeitsgelegenheit nicht verschafft werden kann, in bereits bestehenden Niederlassungen oder neu anzulegenden Stationen anzusiedeln. In diesen Ansiedelungen sollen die befreiten Sklaven in den Stand gesetzt werden, sich ihre Existenzmittel hauptsächlich durch Ackerbau selbst zu verschaffen.

Es steht zu hoffen, daß es in Südwestafrika bald gelingen wird, Hendrik Witbooi endgültig zu beseitigen, und daß Ruhe und Ordnung im Schutzgebiet soweit sichergestellt wird, daß auf eine Verringerung der Schutztruppe ohne Gefährdung des öffentlichen Interesses Bedacht genommen werden kann. Diese Erwartung theilt auch ein militärischer, mit den südwestafrikanischen Verhältnissen aus eigener Anschauung vertrauter Sachverständiger, der sich über die weiteren Aufgaben der Truppe folgendermaßen äußert: Aller Voraussicht nach wird die Truppe Anfangs Oktober gegen Witbooi ausgezogen sein. Witbooi, der durch die vorangegangenen Kämpfe sehr geschwächt ist, wird jedenfalls ausweichen. Die Truppe wird dann wahrscheinlich Stationen in der Nähe von Hornkranz besetzen. Nachdem sie auf über 300 Mann verstärkt worden ist, kann sie sich eher theilen, wie zu Beginn des Zuges. Im freien Felde werden jetzt 100 Mann überall genügen, um Witbooi mit Aussicht auf Erfolg zu schlagen. Möglicherweise werden noch mehrere Züge zur völligen Niederwerfung Witboois nöthig sein. Ein Gegner, der dem ernsthaften Gefecht stets ausweicht, schnellere Beine hat wie der Verfolger und überall Platz zum Ausweichen findet, läßt sich nicht mit einem Schlage niederwerfen. Daß auch Witbooi noch einige Male die Stationen und die Wege unsicher machen wird, ist wahrscheinlich. Zweifellos hat er Zuzüge von Mannschaften und heimliche Munitionszufuhren aus dem Süden erhalten. Auf viel Nachschub hat er aber nicht mehr zu rechnen. Seine endliche Niederwerfung ist meiner Meinung nach nicht mehr fern und blos die Frage einiger Monate.

— Die „Kreuz-Ztg." fordert in einem sehr kampflustig gehaltenen Artikel ihre politischen Freunde auf, die Konsequenzen des Ausfalls der Landtagswahlen zu ziehen. Der agrarischen Aktion im Reichstage soll eine schulpolitische im Landtage parallel gehen und ein Vorstoß gemacht werden, um die konfessionelle Volksschule des Grafen Zedlitz zur That werden zu lassen. Ob die Stimmung der konservativen Partei den fanfaren Klängen ihres Hauptorgans entspricht, und ob sie gewillt ist, ihnen Folge zu leisten, muß doch noch abgewartet werden. Für eine Aktion, wie sie ihr zugemuthet wird, kommen noch andere Faktoren in Betracht, als der Gewinn von zwei Dutzend Mandaten, den sie dank der Sorglosigkeit der Wähler aus einer trägen Wahlbewegung davongetragen hat. Eine parlamentarische Mehrheit war auch für das Zedlitzsche Gesetz bereits vorhanden, und wenn es trotzdem zu Falle kam in einem Augenblicke, als die Siegesharfen bereits angeschlagen wurden, so traten eben Faktoren in Thätigkeit, die auch jetzt noch vorhanden sind, und mit denen man in der Partei sicher besser rechnen wird, als die Posaunenbläser in dem führenden Blatte. Es ist richtig, weder Graf Eulenburg noch Herr Dr. Bosse haben für alle Zeiten die Vorlegung eines Volksschulgesetzes abgeschworen. Herr Dr. Bosse hat sich vielmehr ausdrücklich freie Hand vorbehalten. Aber was er damals — es sind erst 1½ Jahre seitdem vergangen — auf die Frage erwiderte, ob er ein neues Volksschulgesetz vorzulegen beabsichtige: daß die Erregung des Kampfes noch zu stark, und daß ein großer Theil der durch das Volksschulgesetz berührten Fragen auch noch unentschieden sei, das trifft doch auf die jetzige Zeit nicht minder zu als auf das Frühjahr 1892. Die „Kreuz-Ztg." täuscht Niemand, wenn sie sich auf den Ausfall der Wahlen beruft. Wären sie unter der Parole: für oder wider das Zedlitzsche Schulgesetz erfolgt, das Ergebniß würde schwerlich zu Gunsten der Freunde der „Kreuz-Ztg." ausgefallen sein.

Schneidemühl, 21. November. Der Magistrat und die Stadtverordneten beschlossen einstimmig, daß das Projekt des Oberberghauptmanns Freund ausgeführt werde und der Brunnenmeister Beyer seine Thätigkeit einstelle. Die nöthigen Mittel wurden bewilligt.

Hamburg, 21. November. Eine von 5000 Personen besuchte, vom Verein der Tabaksinteressenten einberufene Volksversammlung, in welcher Kaufmann Mirow (freisinnig) und Abgeordneter Molkenbuhr (Sozialist) referirten, nahm eine Resolution an, worin der Gesetzentwurf über die Tabaksteuer als im Widerspruch mit den von der Reichsregierung bei Einbringung der Militärvorlage gemachten Versprechungen stehend bezeichnet wird. Der Entwurf gebe in sozialer Beziehung zu ernstesten Bedenken Anlaß und laufe den Grundsätzen einer gesunden Volkswirthschaft zuwider. Die Versammlung protestirte gegen die Einführung eines Gesetzes, das mit den heutigen Anschauungen über die Handels- und Gewerbefreiheit nicht im Einklang stehe, und die Volksmoral in gefährlicher Weise zu schädigen drohe.

Frankreich.

Paris, 20. November. In den Wandelgängen der Deputirtenkammer ging es heute ziemlich lebhaft zu. Es hieß, die gemäßigten Republikaner seien fest entschlossen, durch irgend eine Kundgebung die radikalen Mitglieder des Kabinets zum Rücktritt zu zwingen. Ob ihnen dieses gelingen wird, läßt sich noch nicht sagen. Die Ministerkrisis wird, falls sie ausbrechen sollte, jedenfalls nicht lange dauern, da Präsident Carnot sein neues Kabinet bereits fertig hat und es nach dem Rücktritt der radikalen Minister sofort vorstellen könnte. Die Nachricht, daß der älteste Sohn des Grafen d'Eu und der Kronprinzessin von Brasilien heute nach Saint Nazaire abgereist sei, um sich nach Rio de Janeiro einzuschiffen, erregte in der Kammer großes Aufsehen und wurde vielfach angezweifelt. Andere machten geltend, daß der kaiserlich gesinnte Admiral Saldanha da Gama sich für den Admiral Mello erklärt habe, und schlossen daraus, daß Mello also wohl seine Zustimmung zur Wiederherstellung des Kaiserreichs gegeben haben müßte. Man führte dabei einen Pariser Brief der „Kölnischen Zeitung" vom 16. November an, worin mitgetheilt wird, die Familie Braganza-Orleans sei, falls das brasilianische Volk das Kaiserhaus zurückberufe, bereit, diesem Rufe zu folgen. Man wollte wissen, daß diese Mittheilung offiziös sei und auch die Wiederherstellung des brasilianischen Kaiserreichs vorbereiten solle. Unsere Republikaner, die sich täglich ihrer Freundschaft zur russischen Autokratie rühmen, waren über die Aussicht einer Restauration in Brasilien recht ungehalten, der propagandistische Geist steckt eben einmal in ihnen. (Wenn man in der Kammer annahm, der Bericht der „Kölnischen Zeitung" sei offiziös, so hat man darin recht, wenn darunter verstanden wird, daß er die Ansichten des Grafen d'Eu und seiner Familie richtig wiedergab. Die deutsche Regierung aber hat damit nichts zu thun; sie ist bekanntlich in ihrer Haltung noch einen Schritt weiter gegangen, als die übrigen Mächte, indem sie ihren Kriegsschiffen vor Rio strenge Neutralität anbefohlen hat, obwohl sie die Aufständischen nicht als kriegführende Partei anerkannt hat. Inzwischen ist, wie weiter gemeldet wird, gestern Abend in der Redaktion des „Journals des Debats", das jene Nachricht verbreitet hatte, der Kammerherr der Gräfin d'Eu, Graf Muritiba, erschienen und hat erklärt, Prinz Pedro d'Alcantara befinde sich gegenwärtig an der Militärschule in Wiener-Neustadt und habe Wien nicht verlassen. Es sei also ein Irrthum, wenn behauptet werde, der Prinz habe gestern den Zug vom Bahnhof St. Lazare nach Saint Nazaire benutzt. Zum Ueberfluß bestätigt auch das „Wiener Fremdenblatt", daß Prinz Pedro sich noch in Wiener-Neustadt befinde.) Die sonstige öffentliche Kammersitzung bot nur insofern einiges Interesse, als die sozialistische Gruppe dadurch als Partei anerkannt wurde, daß die Kammer den Sozialisten Calvinhac zum Sekretär wählte.

Paris, 21. November. Im Ministerrathe unterzeichnete Präsident Carnot heute die Dekrete, durch welche 18 Begnadigungen oder Strafherabsetzungen gegenüber den wegen der Unruhen im Quartier Latin Verurtheilten und 400 Begnadigungen von Militärpersonen bewilligt werden.

Paris, 21. November. In der ministeriellen Erklärung wird ferner mitgetheilt, daß das Budget für 1895 im Anfang des kommenden Jahres vorgelegt werden würde. Dasselbe werde bereits die Vortheile einer Konversion der 4½prozentigen Rente berücksichtigen, zu deren Durchführung im geeignet erscheinenden Zeitpunkt die Regierung die Ermächtigung nachsuchen werde. Die aus der Konversion sich ergebenden Ersparnisse sollen im Wesentlichen zur Wiederaufnahme der Schuldentilgung Verwendung finden. Das Budget werde verschiedene finanzielle Reformvorschläge umfassen. Dem Parlament werde auch die Aufgabe zufallen, die Frage der Regelung der Bank von Frankreich zu erledigen. Auch verschiedene die Landwirthschaft betreffende Vorlagen würden eingebracht werden müssen. Das Kabinet bereite eine Vorlage betreffend Explosivstoffe und eine andere betreffend Vereine und Verbindungen vor. Im Innern werde die Regierung auf die Beruhigung der Gemüther hinarbeiten und entschlossen die öffentliche Ordnung vertheidigen. Im Aeußern werde der Regierung die Aufrechterhaltung und Vertheidigung der Rechte Frankreichs zur Richtschnur dienen; sie werde sich die internationalen Beziehungen angelegen sein lassen sowie die Erhaltung des französischen Absatzmarktes und seine Geltendmachung durch Aufmunterung der Privat-Initiative. Frankreich wisse, was es der Republik schulde, die es wieder zu dem ersten Range unter den Nationen zurückgeführt hätte, die es genügend stark gemacht, um aufrichtig vom Frieden sprechen zu können, die ihm endlich nach langer Absonderung Kenntniß von den Sympathien gegeben habe, deren Charakter durch die unvergeßlichen Oktoberfeste festgestellt und deren Tragweite durch dieselben gekennzeichnet sei. Die Erklärung fordert schließlich das Parlament auf, klar und ohne Rückhalt zu sagen, ob das Kabinet sein Vertrauen besitze. Die Erklärung wurde mit großem Beifall von der Linken und dem Zentrum, aber mit mehrfachen Unterbrechungen seitens der äußersten Linken und äußersten Rechten aufgenommen. Die Kammer war stark besucht, es herrschte lebhafte Bewegung.

Casimir Perier hielt, nachdem er von dem Präsidentenstuhl Besitz ergriffen hatte, eine Ansprache, in welcher er daran erinnerte, daß Frankreich bei dem Empfange der russischen Abgesandten von einem Gedanken, von einem Gefühle beseelt gewesen sei. Diese Bethätigung einer großen moralischen Einheit lege die Pflicht auf, dem Vaterlande die unfruchtbaren Streitigkeiten und die persönliche Unzufriedenheit zu opfern. (Beifall.) Nachdem hierauf der Ministerpräsident die Erklärung verlesen hatte, verlangte Jaure (Sozialist) eine Interpellation einzubringen. Ministerpräsident Dupuy stellte den Antrag auf sofortige Debatte; dieser Antrag wurde mit 291 gegen 221 Stimmen angenommen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung vertheidigte Jaure die sozialistischen Lehren und behauptete, die ministerielle Erklärung sei eine Kriegserklärung gegen den Sozialismus. Redner brachte eine Tagesordnung ein, in welcher der Regierung ein Mißtrauensvotum ertheilt wird. Ministerpräsident Dupuy trat den sozialistischen Lehren entgegen, in welchen nicht ein Gedanke von Freiheit enthalten sei. Das beste Mittel, die Lage der Arbeiter günstiger zu gestalten, sei, die Wohlfahrtsinstitute für die Arbeiter auszudehnen und vernünftige Reformen einzuführen. Die Sozialisten machten aus dem Syndikatsgesetze ein revolutionäres Werk. (Proteststrufe auf der äußersten Linken. Beifall der Linken und des Zentrums.) Hierauf wurde die Interpellation mit 284 gegen 241 Stimmen auf Donnerstag vertagt.

Paris, 21. November. Der ehemalige Gouverneur von Martinique ist zum Zivilgouverneur im Sudan ernannt.

Bordeaux, 21. November. Die bei einigen zwanzig Anarchisten vorgenommenen Haussuchungen sind ergebnißlos gewesen.

Italien.

Rom, 21. November. Die Telegraphenbeamten in Mailand haben ebenfalls die Arbeit eingestellt, indessen ist der telegraphische Dienst daselbst gesichert. Auch in Venedig ist ein theilweiser Streik der Telegraphisten ausgebrochen.

Rom, 21. November. In Turin haben fast alle Telegraphisten die Arbeit eingestellt, während dieselben in Neapel die Arbeit wieder aufnehmen. In Rom dauert der Ausstand fort. Es sind überall Vorkehrungen getroffen, daß keine Unterbrechung des Telegraphendienstes eintritt.

Der Ministerrath beschloß, im Hinblick auf den Ausstand der Telegraphisten, sofort mehrere Jahrgänge von beurlaubten Militärtelegraphisten einzuberufen und diejenigen Telegraphenbeamten, welche den Ausstand angeregt und gefördert haben, zu entlassen. Bezüglich der anderen Ausständigen, welche den Dienst innerhalb 24 Stunden nicht wieder aufnehmen werden, behält sich der Ministerrath vor, entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Rußland.

Petersburg, 21. November. Nach Meldungen aus Tiflis brach in der vergangenen Nacht in einer dortigen Petroleum-Raffinerie Feuer aus, wodurch diese sowie drei andere Raffinerien in Asche gelegt und eine fünfte größere theilweise beschädigt wurden. Der materielle Schaden ist bedeutend. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Kronstadt, 21. November. In der hiesigen Bucht bildet sich Eis. Der Dampferverkehr zwischen Kronstadt und Petersburg ist eingestellt.

Amerika.

** Die innere Politik der Vereinigten Staaten ist zur Zeit und wird noch auf lange hinaus von den Folgen der Aufhebung der Sherman-Bill beherrscht werden. Durch Aufhebung der genannten Bill ist das Währungsproblem jenseits des Ozeans nicht gelöst, sondern eher noch dringender gestaltet worden. Als erschwerend für die schnelle Ueberwindung der Münz- und Währungsschwierigkeiten kommt der Umstand hinzu, daß auf dem geschäftlichen Leben im ganzen Umfange der Union ein Druck lastet, der jeden Aufschwung hintanhält, den Unternehmungsgeist lähmt und den Arbeitsmarkt mit dem Angebot nothgedrungen feiernder Hände überschwemmt. Das Ergebniß der kürzlich stattgehabten einzelstaatlichen Legislaturwahlen, welches den Republikanern günstig war, spiegelt den Mißmuth breiter Volksschichten mit den gegenwärtigen mißlichen Erwerbsverhältnissen getreulich wieder. Auf den Gang der Unionspolitik bleibt der republikanische Wahlsieg in den Einzelstaaten zwar zunächst ohne direkten Einfluß, weil dort die in den beiden Häusern des Kongresses herrschende demokratische Mehrheit ausschlaggebend ist, aber ganz und gar wird der Kongreßparlamentarismus sich der Berücksichtigung des Stimmungsumschlages, den die einzelstaatlichen Legislaturwahlen bekunden, doch nicht wohl entziehen können. Sind doch unter den für die Republikaner abgegebenen Wahlstimmen eine ganze Masse demokratischer „silvermen", Leute, welche durch ihr republikanisches Ticket über den Eindruck quittirt haben, welchen die Aufhebung der Shermanbill auf sie hervorgebracht. Die anfängliche Entschlossenheit der Demokraten, dem durch die Mac Kinley-Bill repräsentirten Hochschutzzollsystem energisch zu Leibe zu gehen, erscheint angesichts des Erstarkens der Mac Kinley-freundlichen republikanischen Strömung schon merklich abgeschwächt. Es dürfte sich daher den an dem amerikanischen Geschäft interessirten europäischen Industrien empfehlen, nicht zu fest auf einen baldigen und gründlichen Umschwung der amerikanischen Zollpolitik zu rechnen.

Rio de Janeiro, 13. November. Die „Newyork World" veröffentlicht folgenden Bericht:

Die Regierungsforts bombardirten Fort Villegaignon den ganzen Tag. Das Insurgententorpedoboot feuerte mehrfach in die Stadt, und die Scharfschützen antworteten von den Hügeln. Darauf wurde von der Flotte eine Dampfpinasse zum Flaggschiff Admiral de Mellos gesandt und ihm mitgetheilt, daß dieser Akt der Aufständischen eine Verletzung des mit den fremden Mächten getroffenen Uebereinkommens sei. Hierauf hörte das Feuer auf die Stadt auf. Die Insurgentenflotte liegt jetzt ganz abseits von den Forts und von Nictheroy. Die Regierungstruppen fahren fort, die Vorrathshäuser der Aufständischen im Armacoa niederzubrennen. Es wird jetzt offiziell mitgetheilt, daß die Offiziere und Mannschaften des britischen Geschwaders, die durch eine Explosion des Pulvermagazins der Insurgenten getödtet wurden, nach der Gouverneurs-Insel gegangen waren, um Sand zum Scheuern der Decks zu holen. Die Soldaten Marschall Peixotos machen diese Erklärung lächerlich. Die Briten sind über den Vorfall sehr aufgebracht.

Nach der am Sonnabend, 18. November, in Southhampton erfolgten Ankunft des königlichen Postdampfers „Thames" aus Brasilien wurde Kapitän Hicks und einer seiner Offiziere bezüglich des der britischen Flagge von den Aufständischen angethanen Schimpfes von einem Vertreter des „Büreau Reuter" ausgefragt. Mehrere Londoner Blätter brachten die Meldung aus Lissabon, daß zwei Seeoffiziere, die auf der „Thames" Zuflucht gesucht hatten, auf Befehl Peixotos von dem Schiffe herabgeholt und erschossen wurden. Die beiden englischen Offiziere erklären die Geschichte für gänzlich unbegründet. Auf der Rückreise der „Thames" kam eine Gesellschaft von neunzig in Zivil gekleideten Anhängern der Regierung an Bord, um zur Bemannung des Dampfers „Tiradentes" nach Montevideo zu gehen. Als Admiral de Mello dies erfuhr, wollte er einige jener Leute mit Gewalt vom Dampfer entfernen, und zu diesem Zwecke hatte sein Flaggenlieutenant Saldanha da Gama eine Unterredung mit dem obersten britischen Seeoffizier an Bord J. M. Schiff „Sirius", der jedoch das Gesuch abschlug.

San Francisco, 2. November. Die gesetzgebende Kammer von Nicaragua hat laut Berichten aus Managua soeben einen Zusatz zur neuen Verfassung angenommen, der über alle hier lebenden Ausländer überaus ungünstige Steuern verhängt. Demgemäß werden die Ausländer irgend welche Zwangsanleihe und alle außerordentlichen Steuern zahlen müssen, die auszuschreiben der Regierung beliebt, und können überdies zum Heerdienst gepreßt werden. Falls Ausländer irgend welche Ansprüche gegen die Regierung zu machen sich erdreisten, so werden sie der neuen Verfassung gemäß mit Verbannung bestraft. General Policarpo Bonilla, der Rebellenführer aus dem Staate Honduras, hat diesen Zusatz vor die Kammer gebracht. Da der Staat Nicaragua bisher die Niederlassung von Ausländern und den Bau des großen zwischenozeanischen Kanals gerade durch Steuernachlässe an solche gefördert hat und viele Amerikaner dadurch zur Einwanderung veranlaßt wurden, so hat dieser Wortbruch der neuen Regierung unter dortigen Kolonisten und zugezogenen Kaufleuten die größte Aufregung hervorgerufen, und der amerikanische Gesandte Baker bei Präsident Zelaya deshalb Einspruch erhoben. Herr Baker gedenkt amtliche Schritte zu nehmen, um den Widerruf dieses ungerechten Verfassungsartikels durchzusetzen. Auch der englische Gesandte wird aus Guatemala zu gleichem Zwecke erwartet und will außerdem die Zurückerstattung der von einem britischen Syndikat dem früheren Präsidenten Sacasa geliehenen 400 000 Pesos verlangen, welche die gegenwärtige Regierung verweigert. Die Aussichten des Kanalbaues werden durch die den Ausländern feindliche Politik der Zelayaschen Regierung weiter geschädigt.

Cholera-Nachrichten.

Petersburg, 21. November. An der Cholera erkrankten bezw. starben vom 17. bis 20. November in Petersburg 19 bezw. 6; vom 5. bis 11. November in Sebastopol 1 bezw. 1; in den Gouvernements Baku 35 bezw. 23, Kalisch 10 bezw. 9, Livland 35 bezw. 14, Ljublin 6 bezw. 3, Mohilew 19 bezw. 12, Plotzk 19 bezw. 8, Pskow 7 bezw. 4, Suwalki 15 bezw. 6; am 8. November erkrankte in der Provinz Kurland 1 Person; vom 29. Oktober bis 11. November erkrankten bezw. starben im Gouvernement Wolhynien 297 bezw. 121; vom 22. Oktober bis 11. November Kiew 212 bezw. 80; vom 12. bis 18. November Wilna 55 bezw. 18 und Lomsha 9 bezw. 11.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 23. November.

Im kleinen Saale des Konzerthauses hielt am Dienstag Abend der Stettiner Grundbesitzer-Verein eine gut besuchte Versammlung ab, in der zunächst Herr Collas über den Straßenreinigungsprozeß Bericht erstattete. Der Vereinsvorstand hat nach einander wegen dieser Angelegenheit drei Prozesse gegen den Magistrat angestrengt, von denen zwei ein für die Hausbesitzer ungünstiges Resultat hatten. Ein dritter Prozeß, ebenfalls in zwei Instanzen zu Ungunsten des Klägers entschieden, schwebe noch in letzter Instanz beim Reichsgericht und lasse einen günstigen Ausgang erhoffen. Die fortgesetzte Prozeßführung erfordere aber den Zufluß außerordentlicher Mittel und hofft Redner, daß diese Kosten, wie bisher, durch freiwillige Beiträge gedeckt werden können.

Der Vereinsvorstand hat ferner mit dem Leiter des hiesigen Privat-Nachtwach-Instituts, Herrn Simon, Verhandlungen angeknüpft hinsichtlich der allgemein gewünschten Herabsetzung der Gebühr für das Schließen eines Hauses auf 1 Mark statt des bisherigen Preises von 1,25 Mark. Herr Simon erwiderte, daß eine derartige Herabsetzung erst bei Anschluß von mehr als 2000 Häusern erfolgen könne und wies durch eine genaue Aufrechnung nach, daß bei einer geringeren Abonnentenzahl eine Rentabilität des Unternehmens ausgeschlossen sei, dieses vielmehr durch Verminderung der Gebühr Zuschüsse erfordern würde. In der Mittheilung wird sodann hervorgehoben, daß die vom Institut angestellten Wächter während der Nacht patroulliren, wodurch eine Bewachung der von ihnen geschlossenen Häuser stattfindet, während die anderweitig bestellten Schließer eine solche nicht ausüben. Herr Collas bestätigt auf Grund eigener Wahrnehmungen, daß die Wächter des Instituts ihr Amt gewissenhaft versehen, er empfehle daher allen Hausbesitzern den Anschluß an dasselbe, besonders da bei reger Betheiligung die festgesetzte Grenze bald überschritten werden dürfte, worauf dann die gewünschte Preisermäßigung erfolgen könnte.

Der geschäftliche Theil der Tagesordnung war hiermit erschöpft und folgte nunmehr ein längerer, äußerst interessanter Vortrag des Herrn Oberlehrers Dr. Wehrmann über „Stettiner Bürgerleben in alter Zeit", dem die Anwesenden wohlverdienten Beifall zu Theil werden ließen.

* Für die öffentlich ausgeschriebene Lieferung der maschinellen Einrichtung für die hydraulische Zentralstation der neuen Hafenanlage waren bei der Tiefbau-Deputation 10 Angebote eingegangen, deren Eröffnung heute Vormittag stattfand. Die höchste Forderung stellt das „Grusonwerk" von Friedrich Krupp in Magdeburg-Buckau mit 437 980, die niedrigste ist von der Maschinenfabrik C. Hoppe, Berlin, mit 273 110 Mark eingereicht.

— Ein vorzügliches erprobtes Schutzmittel gegen kalte, nasse und empfindliche Füße ist die von dem Schuhgeschäft Karl Kratzsch, Frauenstraße 49, hier eingeführte patentirte Einlegesohle aus Badeschwamm, deren Anschaffung für die kältere Jahreszeit Jedermann dringend zu empfehlen ist. Diese Sohle saugt nicht nur den Schweiß, sondern auch die durch das Schuhzeug bei nassem Wetter eindringende Feuchtigkeit vollständig auf. Sie hält den Fuß beständig trocken und warm und bietet den denkbar sichersten Schutz gegen Erkältungen. Die Schwamm-Sohle kann, wie der Strumpf, immer wieder gewaschen werden. Sie stellt sich im Gebrauch billiger als jede andere Schuheinlage.

— Es wird seitens der kaiserl. Ober-Post-Direktion darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 29 Absatz IV. der Postordnung vom 11. Juni 1892 jeder Landbriefträger auf seinem Bestellgange ein Annahmebuch mit sich zu führen hat, das zur Eintragung der von ihm angenommenen Werth- und Einschreibsendungen, Postanweisungen, gewöhnlichen Packete, Nachnahmesendungen und Bestellungen auf Zeitungen dient. Zum Eintragen der Sendungen und Zeitungsbestellungen ist der Auflieferer befugt. Will er von dieser Befugniß Gebrauch machen, so hat der Landbriefträger ihm das Buch vorzulegen. Erfolgt die Eintragung durch den Landbriefträger, so muß dieser dem Absender auf Verlangen das Buch zur Einsichtnahme vorlegen.

* Gestern Nachmittag gegen 3/4 4 Uhr rückte die Feuerwehr nach dem Hause Hünerbeinerstraße 14 aus, woselbst eine Gardine in Brand gerathen war. Das Feuer wurde im Entstehen gelöscht. Etwa 10 Minuten nach 6 Uhr Abends wurde nochmals Feuer gemeldet, in dem bezeichneten Hause, Preußischestr. 101, fand sich jedoch ein Brand nicht vor.

* In der Nacht zum 19. d. Mts. wurde bei der zum Kirchplatz hinauf führenden Treppe ein Arbeiter von zwei unbekannten Leuten, die ihn unter dem Vorgeben, sie wollten ihm den Weg zur Kirchenstraße zeigen, begleiteten, zu Boden geworfen und seiner Baarschaft im Betrage von 11 Mark beraubt. — In derselben Nacht wurden 2 Gänse und 3 Hühner, welche vor dem Fenster einer im ersten Stock des Hauses Bismarckstr. 5 belegenen Küche hingen, gestohlen. Die Leiter ließen die Diebe zurück.

Bei der Schweizerischen Unfallversicherungs-Aktiengesellschaft in Winthertur wurden im Monat Oktober 1893 3102 Unfälle angemeldet, nämlich:

A. Aus der Einzelversicherung:
3 Todesfälle,
12 Invaliditätsfälle,
499 Fälle vorübergehender Erwerbsunfähigkeit,
514 Fälle.

B. Aus der Kollektivversicherung:
33 Todesfälle,
149 Invaliditätsfälle,
2406 Fälle vorübergehender Erwerbsunfähigkeit,
2588 Fälle.

Kirchenkonzert.

Der Nikolai-Kirchenchor veranstaltete gestern in der Johannis-Kirche ein geistliches Konzert unter Leitung des Herrn Robert Lehmann und unter gefälliger Mitwirkung der Konzertsängerinnen Fräulein Martha Münch, Fräulein Jenny Alexander, Fräulein Krebs und zweier geschätzter Sologesangskräfte (Tenor und Baß), sowie des Solo-Violinisten Herrn Richard Lehmann. An der Orgel wirkte Herr Rust mit und für Ausführung des orchestralen Theils der Aufführung war die Kapelle des hiesigen Artillerie-Regiments in Anspruch genommen. Anderweitiger Verpflichtungen halber konnten wir erst zum Schluß des ersten Theils des reichhaltigen Programms dem Konzert beiwohnen. Denselben bildete Schuberts vierstimmiger Frauenchor: „Gott ist mein Hirt", der, von Schülerinnen des Fräuleins Wilsnach mit dezenter Orgelbegleitung in trefflicher Weise wiedergegeben, nicht verfehlen konnte, auf die andächtig lauschenden Zuhörer einen tiefen Eindruck zu machen. Den zweiten und dritten Theil der Aufführung bildete das hier zum ersten Mal zu Gehör gebrachte Kirchenoratium für Chor, Soli, Orchester und Orgel von Albert Becker. Die das religiöse Gemüth tiefinnerlich erfassende Tonschöpfung war von Herrn Lehmann aufs sorgfältigste einstudirt, trotzdem vermochte der Kirchenchor, welcher durch eine größere Anzahl von Schülerinnen des Frl. Wilsnach, sowie durch einzelne Herren des Stettiner Musikvereins aufs beste unterstützt war, in Folge einer zum Theil zu mächtigen Instrumentalbegleitung nicht überall das schwierige Werk voll zur Geltung zu bringen, wenngleich anerkannt werden muß, daß sich derselbe durch gute Intonation und hingebendes Erfassen des dramatischen Ausdrucks vortheilhaft auszeichnete. Die Soli lagen in bewährten Händen. Fräulein Jenny Alexander, für Fräulein Hoffmann, die durch Krankheit an der Mitwirkung behindert war, eingetreten, wußte sich ihrer Aufgabe mit künstlerischem Geschick zu entledigen. Frl. Martha Münch, anfänglich scheinbar etwas indisponirt, gelang es bald, ihre schöne Sopranstimme voll zur Entfaltung zu bringen und in dem Solo mit Chor: „Es wird ein Durchbrecher vor ihnen herauffahren", sowie in dem erhebenden Soloquartett: „Sei getreu bis in den Tod" einen erhebenden Erfolg zu erzielen. Die Vertreter der Tenor- und Baß-Soli behandelten ihre Aufgaben mit technischer Sicherheit und innigster Hingabe, namentlich erweckte die Vereinigung derselben mit den beiden Solistinnen in dem vorgenannten Soloquartett die größten Sympathien. — Mit dem jugirten Choral: „Jerusalem, du hochgebaute Stadt", der mit seiner originellen Harmonisirung und charakteristischen Instrumentirung eine tiefe Wirkung ausübte, fand das in eine edle Form dramatischer Kirchenmusik gekleidete Oratorium einen würdigen Abschluß. — Herr Rust handhable die Orgel als Begleitungsinstrument sicher.

—t.

Kunst und Literatur.

Für den Weihnachtstisch.

In dem trefflichen Verlage von Geibel u. Brockhaus in Leipzig sind für Weihnachten neu erschienen:

Ch. Niese, Eine von den Jüngsten. Erzählung für junge Mädchen. Illustrirt Mark 6. Das Buch ist mit vieler Laune und vielem Geschick geschrieben. Wir können es als Geschenk für Mädchen sehr warm empfehlen. Wir kennen nur wenig Bücher, welche sich mit ihm vergleichen lassen.

Dr. Franz Heyer, Kurfürst Friedrich II. mit dem eisernen Zahn. Mit 6 Vollbildern Mark 4,50. Das Buch führt uns in die ersten Zeiten des 15. Jahrhunderts und zeigt uns, wie die Hohenzollern-Fürsten es verstanden haben, ihre Lande zu heben und zu Wohlstand zu bringen. Das Buch ist interessant und fesselnd geschrieben und für Knaben von 12 bis 16 Jahren sehr zu empfehlen.

Paul Höcker, Der Olympier. Kulturgeschichtliche Erzählung aus dem Zeitalter des Perikles. Mit 10 Vollbildern Mark 5. Der Verfasser führt den Leser in die schönste Epoche griechischen Lebens ein, in die Zeit des Perikles, wo in Athen die Kunst ihre größten Triumphe feierte, die schönsten Bauten in Tempeln, die herrlichsten Statuen eines Pheidias errichtet wurden, wo im Theater zu Athen die großen Schauspiele, und auf den Feldern zu Olympia die herrlichen Wettkämpfe dem Volke vorgeführt wurden. Wir werden in das häusliche, gesellige Leben, in die Schulen der Dichter und Philosophen, in die Ring- und Turnschulen, wie in die Kämpfe des öffentlichen Lebens eingeführt. Das Buch ist für Knaben besserer Stände sehr zu empfehlen.

[246—248]

Vermischte Nachrichten.

— In Briefmarken-Liebhaberkreisen koursiren neuerdings gestempelte grönländische Postwerthzeichen von 2 Skilling roth und 4 Skilling blau, welche, wie aus einem Schreiben der dänischen Gesandtschaft in Berlin hervorgeht, grobe Fälschungen sind. In dem Schreiben heißt es u. A., daß es überhaupt keine Post in Grönland giebt und die Briefe zwischen den Kolonien und Missionsstationen durch die Eingeborenen besorgt werden, denen man dafür Brod, Kaffee rc. oder auch Geld giebt. Die grönländische Post wird von der dänischen Regierung umsonst nach Kopenhagen gebracht und von dort mit gewöhnlichen dänischen Briefmarken frankirt und weiter befördert. Auch die Bezeichnung Skilling auf den Marken ist eine falsche, da diese Währung schon lange durch die dänischen „Oeren" ersetzt ist.

Börsen-Berichte.

Stettin, 23. November.

Wetter: Leicht bewölkt. **Temperatur** + 2 **Grad Reaumur. — Barometer** 756 **Millimeter. — Wind:** WSW.

Weizen etwas höher, per 1000 **Kilogramm loko** 136,00—139,00, **per November** 141,00 B. u. G., **per November-Dezember** 141,00 B. u. G., **per April-Mai** 147,50 B. u. G.

Roggen höher, per 1000 **Kilogramm loko** 120,00—123,00, per **November** 124,00 bis 125,00 bez., **per November-Dezember** 124,00 bis 125,00 bez., per **April-Mai** 129,00—129,50 bez. und B.

Gerste per 1000 Kilogramm loko 140,00 bis 162,00.

Hafer per 1000 Kilogramm 153,00 **bis** 158,00.

Rüböl ohne Handel.

Spiritus flau, per 100 Liter à 100 **Prozent 70er loko** 30,6 bez., per November **70er** 30,2 nom., per **November-Dezember** 70er 30,2 **nom.**, per **April-Mai 70er** 32 **nom.**

Petroleum ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Regulirungspreise: Weizen 141,00 **Roggen** 124,50, **70er Spiritus** 30,2.

Berlin, 23. November.

Weizen per November 142,75 bis 143,00 Mark, per November-Dezember 143,00 Mark, per Mai 1894 150,50 Mark.

Roggen per November 127,75 bis 127,00 Mark, per November-Dezember 127,00 **Mark, per** Mai 1894 131,75 Mark.

Spiritus loko 70er 32,00 Mark, per November 70er 31,60 **Mark**, per November-Dezember 70er 31,60 **Mark**, per Mai 1894 70er 37,20 Mark.

Hafer per November-Dezember 154,00, per Mai 1894 145,00 Mark.

Mais per November-Dezember 109,50 **Mark**, per Mai 1894 111,50 Mark.

Rüböl per November 47,90 **Mark, per April-**Mai 48,30 Mark.

Petroleum per November 19,00 **Mark**.

Berlin, 23. November. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	106,30
do. do 3½%	99,80
Deutsche Reichsanl. 3%	85,25
Pomm. Pfandbriefe 3½%	97,25
Italienische Rente	80,30
do. 3% Eisenb.-Oblig.	51,25
Ungar. Goldrente	93,70
Rumän. 1881er amort. Rente	94,60
Serbische 5% Tab.-Rente	73,00
Griechische 4% Goldrente	32,50
Russ. Boden-Credit 4½%	102,30
do. do von 1880	99,65
Mexika. 6% Goldrente	66,00
Oesterr. Banknoten	162,15
Russ. Banknoten Cassa	214,30
do. do Ultimo	214,25
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	105,20
do. (110) 4%	102,00
do. (100) 4%	101,00
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	102,50
Stett. Vulc.-Act. Littr. B.	105,50
Stett. Vulc.-Prioritäten	127,60
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg St.-Prm.-Akt. à 1000 M.	127,60
do. 6% Prioritäten	127,60
Petersburg kurz	212,50
London kurz	20,32
London lang	20,21

Amsterdam kurz	168,60
Paris kurz	80,75
Belgien kurz	80,70
Berliner Dampfmühlen	137,75
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	75,00
Stett. Chamotte-Fabrik Didier	194,75
„Union", Fabrik chem. Produkte	118,50
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	102,60
Anatol. 5% gar.-Esb Pr.-Obl.	54,60
Ultimo-Kourse:	
Disconto-Commandit	169,50
Berliner Handels-Gesellsch.	126,80
Oesterr. Credit	202,90
Dynamite Trust	123,25
Bochumer Gußstahlfabrik	114,25
Laurahütte	100,25
Harpener	127,00
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	109,00
Dortm. Union St.-Pr. 6%	48,60
Ostpreuß. Südbahn	70,00
Marienburg-Mlawka-bahn	68,90
Mainzerbahn	107,90
Norddeutscher Lloyd	114,60
Lombarden	42,00
Franzosen	—,—

Tendenz: träge.

Paris, 21. November. Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Matt.

	Kours	v. 20.
3% amortisirb. Rente	98,75	—,—
3% Rente	98,90	98,80
Italienische 5% Rente	81,30	81,30
3% ungar. Goldrente	94,37	94,25
III. Orient	67,75	67,80
4% Russen de 1889	99,90	99,90
4% unifiz. Egypter	101,50	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	61,37	61,50
Convert. Türken	22,42½	22,47½
Türkische Loose	90,10	90,37
4% privil. Türk.-Obligationen	459,00	459,00
Franzosen	630,00	623,75
Lombarden	223,75	225,00
Banque ottomane	591,00	591,00
„ de Paris	637,00	636,00
„ d'escompte	62,00	65,00
Credit foncier	1043,00	1035,00
„ mobilier	86,00	86,00
Meridional-Aktien	538,00	541,00
Rio Tinto-Aktien	359,30	363,75
Suezkanal-Aktien	2732,00	2737,00
Credit Lyonnais	770,00	770,00
B. de France	4080,00	4085,00
Tabacs Ottom.	410,00	409,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122,37	122 5/16
Wechsel auf London kurz	25,15	25,15½
Cheque auf London	25,17	25,17½
Wechsel Amsterdam k.	206,75	206,87
„ Wien k.	198,00	197,50
„ Madrid k.	406,00	406,75
Comptoir d'Escompte, neue	—,—	—,—
Robinson-Aktien	—,—	107,50
Portugiesen	19,68	20,18
3% Russen	81,87	81,90
Privatdiskont	2 3/16	2,25

Hamburg, 21. November, Nachmittags 3 Uhr. **Kaffee.** (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per November 81,75, per Dezember 81,75, per März 80,00, per Mai 78,25. — Behauptet.

Hamburg, 21. November, Nachmittags 3 Uhr. **Zuckermarkt.** (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per November 12,72½, per **Dezember** 12,75, per März 12,97½, per Mai 13,10. Matt.

Bremen, 21. November. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes **Petroleum.** (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Sehr fest. Loko 4,80 B. — **Baumwolle** flau.

Wien, 21. November. **Getreidemarkt.** **Weizen per Frühjahr** 7,63 G., 7,65 B. **Roggen per Frühjahr** 6,48 G., 6,50 B. **Mais** per Mai-Juni 5,49 G., 5,51 B. **Hafer per** Frühjahr 7,12 G., 7,14 B.

Amsterdam, 21. November, Nachmittags. **Getreidemarkt. Weizen per November** 149,00, per März 158,00. — **Roggen per** November —,—, per März 111,00, per Mai 111,00. — **Rüböl** per Dezember —,—, per Mai —,—.

Amsterdam, 21. November. **Java-Kaffee** good ordinary 53,00.

Amsterdam, 21. November. **Bancazinn** 50,00.

Antwerpen, 21. November. **Getreidemarkt.** **Weizen** behauptet. — **Roggen** ruhig. — **Hafer** ruhig. — **Gerste** ruhig.

Antwerpen, 21. November, Nachmittags 2 Uhr 15 Minuten. **Petroleummarkt.** (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 11,50 bez. und B., per November —,— bez., 11,50 B., per Januar —,— B., per Januar-März 11,75 B. Fest.

Paris, 21. November, Nachm. **Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) **Weizen** fest, per November 19,90, per Dezember 20,00, per Januar-April 20,50, per März-Juni 20,70. — **Roggen** ruhig, per November 14,30, per März-Juni 14,70. — **Mehl** fest, per November 42,20, per Dezember 42,30, per Januar-April 42,90, per März-Juni 43,50. — **Rüböl** fest, per November 55,00, per Dezember 55,50, per Januar-April 55,75, per März-Juni 55,50. — **Spiritus** ruhig, per November 34,75, per Dezember 35,00, Januar-April 36,00, per Mai-August 37,00. — Wetter: Kalt.

Paris, 21. November, Nachmittags. **Rohzucker** (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 35,00 bis 35,25. **Weißer Zucker** weichend, Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 36,25, per Dezember 36,37½, per Januar-April 36,62½, per März-Juni 37,00.

Havre, 21. November, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) **Kaffee** good average Santos per Dezember 104,00, per März 101,50, per Mai 99,00. Ruhig.

London, 21. November. **Chili-Kupfer** 42 3/16, per drei Monat 42,62.

London 21. November. 96 prozent. **Javazucker** loko 15,75, ruhig. — **Rübenrohzucker** loko 12,62, matt. — **Centrifugal Cuba** —,—. — Wetter: Heiter.

London, 21. November. **Kupfer**, Chili bars good ordinary brands 42 Lstr. 5 Sh. — d. **Zinn** (Straits) 75 Lstr. 12 Sh. 6 d. **Zink** 17 Lstr. 2 Sh. 6 d. **Blei** 9 Lstr. 17 Sh. 6 d. — **Roheisen.** Mixed numbers warrants 42 Sh. 6 d.

Glasgow, 21. November, Nachmittags. **Roheisen.** (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 42 Sh. 8 d.

Liverpool, 21. November. **Getreidemarkt.** Markt sehr ruhig. — Wetter: Trübe.

Newyork, 21. November. (Anfangskourse.) **Petroleum.** Pipe line certificates per Dezember —,—. **Weizen** per Dezember 65,62.

Newyork, 21. November. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 50 000, do. nach Frankreich 20 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 37 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 67 000 do., nach anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Schiffsnachrichten.

Königsberg i. Pr., 21. November. Der Schoner „Cäcilie Marie", mit Getreide von Königsberg nach Kolding fahrend, ist auf Fünen gestrandet.

Herbesthal, 21. November. Die erste Post von London über Ostende vom 21. d. Mts. ist ausgeblieben. Grund: Sturm im Kanal.

Paris, 21. November. Nach Meldungen aus Barfleur scheiterte daselbst der norwegische Dreimaster „Gratia". Drei Personen ertranken.

Cherbourg, 21. November. Der Sturm hat sich gelegt.

London, 21. November. Immer neue Unglücksfälle auf See werden gemeldet. Unter den verunglückten Schiffen befindet sich auch der Danziger Dampfer „Alwine", mit Holz von Bordeaux kommend, dessen Kapitän Fischer über Bord gewaschen wurde und ertrank. Der Leichnam ist aufgefischt worden. Das Schiff wurde nach Dover geschleppt und die übrige Mannschaft im Seemannsheim untergebracht. Die Geschwindigkeit des Sturmes betrug 70 Seemeilen in der Stunde. Eine solche Geschwindigkeit ist bisher hier nicht festgestellt worden.

London, 21. November. Das deutsche Schiff „Oberon" strandete gestern am Hafendamm von Plymouth. — Die britische Bark „Abonkir Bai" scheiterte an der britischen Küste. Die gesammte Mannschaft ist wahrscheinlich ertrunken. — Die britische Brigantine „Carrington" strandete in der Nähe von Brancaster. Das Schicksal der Mannschaft ist unbekannt. — Der englische Dampfer „Amcott", von Hull nach der Tynemündung unterwegs, erlitt Schiffbruch bei Aldborough. Die gesammte Mannschaft ist ertrunken. — Die schwedische Brigg „Emble", von Gothenburg nach Blyth unterwegs, scheiterte bei Aldborough. Fünf Personen der Mannschaft ertranken.

Wasserstand.

Stettin, 23. November. Im Revier 17 Fuß 8 Zoll = 5,55 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 23. November. Durch neuen Erlaß des Finanzministeriums werden die Salinen-Verwaltungen in Hall und Hallein angewiesen, die Löhne der Arbeiter um 10 Prozent zu erhöhen. Aehnliche Verfügungen stehen auch für die Salinen Galiziens und der Bukowina bevor. Die neue Lohnregulirung hat noch im November stattzufinden.

Wien, 23. November. Der Klub der mährischen Alt-Czechen beschloß einstimmig, sich der Opposition der Jung-Czechen gegen das Koalitions-Ministerium und gegen die Koalitions-Parteien anzuschließen.

Pest, 23. November. Die Mitglieder des Stadt- und Repräsentantenhauses hatten gestern Abend den Beschluß gefaßt, das Groß-Markthallen-Projekt des Professors am Polytechnikum, Dr. Peez, noch in der Schwebe zu lassen, da eine billigere französische Offerte vorliege. Auf der Gallerie waren zahlreiche Schüler des Polytechnikums anwesend, welche nach der Abstimmung einen argen Skandal inscenirten, indem sie schrieen, daß der soeben gefaßte Beschluß eine Beleidigung ihres Professors sei. Schließlich mußte die Polizei die Gallerie räumen. Da die Studenten sich thätlich widersetzten, wurden Verhaftungen vorgenommen.

Paris, 23. November. Der „Temps" veröffentlicht den Text der Konvention zwischen Deutschland und der Niger-Company und fügt hinzu: Wenn der Vertrag definitiv sei, so würde Zentral-Afrika getheilt werden, mit vollständigem Ausschluß Frankreichs, über dessen Rechte man in Berlin sowohl wie in London ganz hinwegsehe.

Rom, 22. November. Wie bestimmt verlautet, soll die Regierung nicht die Absicht haben, irgend einen neuen Steuerantrag einzubringen.